

## Deutschland.

**Breslau, 1. März.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten königlich dänischen Offizieren u. Orden verliehen und zwar: den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern: dem General-Major, General-Adjutanten und Kammerherrn von Rauffmann, den rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Capitän in der Artillerie Lund, Adjutanten Sr. königlichen Hoheit des Kronprinzen von Dänemark, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem Hof-Jägermeister Grafen Danneberg-Samsoe u. den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Seconde-Deutenant Dinesen in der Leib-Garde zu Fuß.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Secretär von Chmielewski in Ostrowo den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der Ober-Berg-Rath Fabricius zu Breslau ist in gleicher Eigenschaft an das Ober-Berg-Amt zu Bonn versetzt worden.

Dem Schriftführer und Hilfsarbeiter in der königlichen Central-Telegraphen-Station Hugo Abend zu Berlin ist unter dem 27. Februar 1867 ein Patent auf eine Satz- und Ables-Maschine für telegraphische Typen in der durch Modell und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung auf fünf Jahre ertheilt worden.

**Breslau, 1. März.** [Se. Majestät der König] empfingen heute Morgen den General-Major und Commandeur der 9. Cavallerie-Brigade von Willeben, nahmen hierauf den Rapport der Commandeure, sowie militärische Meldungen entgegen und empfingen hierauf den Geheimen Rath Professor von Langenbeck und den General-Intendanten der königl. Schauspiele von Hülsen.

Um 1 Uhr empfingen Se. Majestät der König den Vortrag des Handelsministers von Schleinitz und hierauf den des Handelsministers Grafen Tzenplig.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] empfing gestern die Meldungen des Obersten von Puttkammer, Commandeurs des Pommerischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 2, sowie des Majors v. Böhm vom 1. Garde-Regiment z. F. und ertheilte dem Geheimen Rath von Stockhausen eine Audienz. Abends erschien höchstselbst mit Ihrer königl. Hoheit der Kronprinzessin auf dem Ball im Palais Sr. königl. Hoheit des Prinzen Karl.

[Der Kronprinz und Forderungen.] Die „Elberf. Z.“ hört, daß der Kronprinz im Kreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben die Concurrenz mit dem Kronprinzen zu bestehen haben wird, dessen Candidatur von den dortigen Conservativen mit vielem Geschick und bei der weit mehr monarchischen als constitutionellen Landbevölkerung mit Aussicht auf Erfolg hingestellt werden wird. Die „Elb. Z.“ bemerkt dazu mit Recht: Ob es wirklich monarchisch ist, den Kronprinzen, der nicht einmal von seinem angeborenen Sitz im Herrenhause Gebrauch gemacht hat, einer Wahl aussetzen, die auch gegen ihn ausfallen kann, mag sich Jeder selbst beantworten; im Interesse seines einzigen Thronfolgers aber kann es liegen, sich für die Zukunft seiner Regierung dadurch die Hände zu binden, daß er in einen sich noch um Grundprincipien der hiesigen politischen Proceß seiner Vorfahren sich einmischt. Aber die West-Eiltzhauer haben mit dem Prinzen Friedrich Carl ein verlockendes Beispiel gegeben, weitere Gesichtspunkte und Nachdenken haben sich unsere Reactionären nie zu Schulden kommen lassen, und unerfüllbarste Zusage ist so sehr ihre Eigenschaft, daß sie von einem ihnen sonst passenden Einfall nicht so leicht absteigen. Zwischen den Kronprinzen und Forderungen gefüllt und ohne die ihren Führern zukommenden Bedenken, werden die ländlichen Wähler des fünften Magdeburger Wahlkreises schon aus monarchischer Courtoisie viele ihrer liberalen Brüder in der Nachwahl zum Kronprinzen übergehen sehen. (Die „Berl. B.-Z.“ fügt dem Vorstehenden hinzu, daß nach der Kenntniß von der persönlichen Neigung des Kronprinzen derselbe am wenigsten wünschenswert, durch die Benutzung seines Namens den Herrn v. Forderungen, dessen große Verdienste in der letzten Landtagsession er zu schätzen weiß, an dem Eintritt in den Reichstag gehindert zu sehen.)

[Ovationen.] Die Wiener Blätter erzählen mit giftigen Glossen von einem Vorfall am Hofe des Fürsten von Serbien. Gelegentlich eines Ballfestes wurden den dortigen Vertretern Preußens und Italiens lebhaft Ovationen dargebracht; die Serben ließen „Garibaldi und Bismarck“ (!) leben und hoben den preussischen Geranten und den italienischen Generalconsul wiederholt unter mächtigen Juvio's auf ihre Schultern.

[O. C.] [Die Abtheilungen] haben heute die Wahlprüfungen fortgesetzt. Die zweite Abtheilung hat beschlossen, dem Reichstage zu empfehlen, die Wahl des Abg. Staatsministers v. Dörmann zu beanstanden, bis durch gerichtliche Untersuchung die Einwände gegen die Gültigkeit derselben beseitigt sind. Für diesen Beschluß stimmten auch conservativ Mitglieder dieser Abtheilung. — Der Protest gegen die Wahl des Abg. Wiggers (Berlin) ist, soweit unsere Nachrichten reichen, in der fünften Abtheilung noch nicht erledigt worden. Doch herrscht die Ansicht vor, daß er nicht als begründet betrachtet und die Wahlbarkeit eines Nichtpreußen für einen preussischen Wahlbezirk lediglich nach den bis jetztigen gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt werden wird. — Von dem Protest gegen die mecklenburgischen Abgeordneten, der in unserem Abgeordnetenhaus auf Grund der Abweichungen, welche die mecklenburgische Regierung von dem Reichswahlgesetz bezieht, als berechtigt und wahrheitsgemäß bezeichnet wurde, wird aus verschiedenen Gründen Abstand genommen werden.

[O. C.] [Die Präsidentenwahl.] Die Neuwahl in dem Wahlkreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben findet erst am 10. März statt, es muß also bei der ersten Präsidentenwahl, die nach § 9 der provisorisch geltenden Geschäftsordnung nur für vier Wochen getroffen wird, von Herrn v. Forderungen abgesehen werden. Der Compromiß für die morgen stattfindende Wahl, soll nach heute Abend gefunden werden, wenn er überhaupt gefunden und die Entscheidung nicht der engeren Wahl überlassen wird. Bis jetzt spricht man von folgenden Combinationen: I. Simson (Präsident), von Bennigsen (1. Vicepräsident) und Haberkorn oder v. Gerber (2. Vicepräsident). Diese Combination würde die Liberalen im Allgemeinen und die sächsischen Abgeordneten speciell befriedigen, dagegen die conservative Partei des Hauses unberücksichtigt lassen. II. v. Bennigsen oder Braun (Präs.), Herzog von Ujest (1. Vicepräs.), Haberkorn oder v. Gerber (2. Vicepräs.). Diese Combination würde auf einem Abkommen mit der freien conservativen Vereinigung beruhen, aber die große conservativ Partei ausschließen, die gern den Grafen Eberhard zu Stolberg auf dem Präsidentenstuhl sehen würde. Sie würde ferner voraussetzen, daß der Herzog von Ujest die Wahl annimmt, was bezweifelt wird. Die eigentliche Rechte würde allenfalls zu einem Compromiß zu bewegen sein, der ihr wenigstens den 1. Vicepräsidenten concediert, wofür sie den Grafen Schwerin als Präsidenten zuließe. Die Polen sollen weder für Simson noch für den Grafen Schwerin, die sie als spezifische Gegner der polnischen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus kennen gelernt haben, sondern eher für einen ersten Präsidenten aus den Reihen der Conservativen oder gar nicht stimmen wollen. — Heute Abend findet wiederum eine Besprechung aller Liberalen statt.

[Die Beratung des Verfassungsentwurfs.] In Abgeordnetenkreisen und in den Besprechungen der einzelnen Parteien der Reichstags-Mitglieder ist neuerdings vielfach die Frage aufgeworfen und ventilirt worden, ob, wenn nach der Constatirung des Reichstages demselben die Verfassung des norddeutschen Bundes zur Beratung vorgelegt wird, dieselbe gänzlich von einer Commission vorberathen werden soll oder ob für jeden einzelnen Abschnitt derselben eine besondere Commission gewählt werden soll: die letztere Ansicht findet in allen Parteien zahlreiche Anhänger, weil man glaubt, daß dadurch die Beratungen des Reichstages weit eher gefördert werden dürften

als durch eine einzige Commission, der man die Beratung des gesamten Verfassungsentwurfs übertragen würde. Wie es heißt, findet diese Ansicht auch unter den Koryphäen der liberalen und nationalen Fraktion ihre Vertheidiger und dürfte der Beschluß des Reichstages, der voraussichtlich über diesen Gegenstand am Dienstag der nächsten Woche gefaßt werden wird, in diesem Sinne ausfallen. Die Einreichung des Bundes-Verfassungsentwurfs seitens des Bundes-Präsidiums wird in der am Montag stattfindenden Plenar-Sitzung erwartet.

[Der Frei-Conservativen-Vereinigung.] des Reichstages, deren Constatirung wir gestern meldeten, sind bis zum heutigen Tage beigetreten die Abg. Stumm, Frhr. v. Frey, Graf v. Frankenberg, Sehl, Fürst von Lichnowsky, Graf Kesselrode, Graf Bethusy-Suc, Graf Joh. Renard, v. Arnim-Kröbendorff, Graf Malsan, Herzog von Ratibor, G. v. Rath, Fürst Hohenlohe, Herzog von Ujest, Graf v. Bassewitz, Dieke, Graf v. Oppersdorff, Dr. Kähler, Agricola, Dr. Krüger, Fürst von Pleß, Graf Boe, Debenz, Frhr. v. Arnim-Bornst, Krug von Nidda, Franz (Wanzenleben), Scherer, Graf Sompsch und Pilgrim. Der Zutritt noch anderer Mitglieder des Reichstages ist in Aussicht gestellt.

[Die Fraktion der conservativen Mitglieder] des Reichstages hat sich nunmehr, wie wir hören, allerdings nicht provisorisch constituirt. Definitiv haben sich derselben bis jetzt erst ungefähr 50 und einige Mitglieder angeschlossen, darunter der Kriegs- und Marineminister v. Roon und der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg v. Jagow.

[Die Antwort des Gr. Bismarck auf die Elberfelder Wahl.] Auf die amtliche Mittheilung, welche der Oberbürgermeister Elberfeld dem Herrn Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck von der in den Städten Elberfeld und Barmen erfolgten Wahl desselben gemacht hat, ist die nachstehende Antwort eingegangen:

„Berlin, den 26. Februar 1867.  
Euer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichen Dank für die gefällige Mittheilung vom 25. d. M., wonach ich im zweiten Wahlkreise des Regierungsbezirks Düsseldorf zum Abgeordneten für den Reichstag des norddeutschen Bundes gewählt worden bin.

Zu meinem aufrichtigen Bedauern befinde ich mich nicht in der Lage, diese ehrenvolle Wahl anzunehmen, da ich bereits als Abgeordneter des Reichstages im Wahlkreise Jülich, welcher bald nach der erfolgten Wahl durch eine Deputation mich um eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung ersuchen ließ. Ein Hochwohlgeboren und die geehrten Herren, welche mich im dortigen Bezirke gewählt haben, werden mit mir in dem Gefühle übereinstimmen, daß ich jener Deputation keine ausweichende Antwort geben, die Annahme der bereits holligen Wahl nicht von dem noch ungewissen Ausfalle der engeren Wahl in Elberfeld-Barmen abhängig machen dürfte, ohne die Wähler des Reichstages des Reichstages empfindlich zu verletzen.

Genehmigen Ew. Hochwohlgeboren mit dem wiederholten Ausdruck meines Bedauerns, daß ich unter diesen Umständen auf die Ehre der Vertretung eines Wahlkreises von so hervorragender Bedeutung, wie es der Elberfelder ist, habe verzichten müssen, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) von Bismarck.“

Bei der königlichen Regierung zu Düsseldorf ist demgemäß die Anberaumung des Termins zu einer Neuwahl beantragt worden.

[Wahlprotest.] In der gestrigen Sitzung wurde bekanntlich von dem Abg. v. Bodelschwing als Vorsitzenden der 5. Abtheilung mitgetheilt, daß gegen eine bereits von der Abtheilung geprüfte Wahl noch nachträglich ein Protest eingegangen sei. Dieser Protest betraf nicht, wie hiesige Blätter nach einer anderen Correspondenz melden, die Wahl des Abg. Wiggers (Berlin), sondern die des Abg. Dr. Fall (Glogau). Die Abtheilung hat sich heute mit dieser Wahl nochmals beschäftigt und, wie wir hören, mit großer Majorität beschlossen, dem Reichstage die Gültigkeitserklärung der Wahl zu empfehlen. Dagegen hat dieselbe Abtheilung, wie uns mitgetheilt wird, mit allen gegen eine Stimme beschlossen, dem Reichstage zu empfehlen, die Wahl des Abg. Dr. Kähler im 12. Breslauer Wahlkreise bis zur Vernehmung von Zeugen zu beanstanden, da bei der Wahl Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollen, die bei der geringen Majorität von 12 Stimmen, mit welcher der Abgeordnete gewählt worden, von Einfluß sein könnten. Endlich hat dieselbe Abtheilung, wie wir hören, auch noch beschlossen, und zwar diesmal einstimmig, dem Reichstage zu empfehlen, die Wahl des Abg. Ober-Gerichtsrath a. D. Jensen im 6. Schleswighischen Wahlbezirk bis nach beendeter gerichtlicher Untersuchung und Zeugen-Vernehmung zu beanstanden.

[Berlin, 1. März.] [Proceß gegen den Appell.-Ger.-Rath v. Lenthe zu Celle.] Die 7. Deputation des Criminal-Gerichts verhandelte heute zum ersten Male einen Proceß gegen einen Angehörigen einer der neuen Provinzen des preussischen Staates. Der Angeklagte war der Ober-Appellations-Gerichtsrath v. Lenthe zu Celle. Der Gerichtshof bestand aus dem Stadt-Gerichtsrath Neißner als Vorsitzender und den Stadt-Gerichtsräthen Gr. Fredow und Bach als Beisitzern. Die Staatsanwaltschaft wurde vertreten durch den Staatsanwalt Mittelstädt, die Vertheidigung führte der Rechtsanwalt Lemaib. Der Verhandlung wohnte der Ober-Staatsanwalt Abt und viele Juristen bei. Vor dem Beginn der Verhandlung stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit, da es sich um eine Angelegenheit handelte, die die Vertheidigung des Reichstages gegen den Protest des Vertheidigers und des in Person erschienenen Angeklagten betraf. Gegenstand der Angelegenheit war eine von dem Angeklagten verfaßte, in der Nr. 1 der „Neuen Preussischen Zeitung“ vom 1. Januar dieses Jahres enthaltene Verächtung. Die Nr. 302 der genannten Zeitung vom vorigen Jahre enthielt nämlich eine Correspondenz aus Hannover, in welcher nach der Mittheilung, daß der Angeklagte nebst drei anderen Mitgliedern des Ober-Appellations-Gerichts zu Celle wegen Vertheidigung an der ritterschaftlichen Erklärung vom 7. November d. J. eine Verwahrung des Justizministers Graf zur Lippe erhalten, gesagt wird: von einem Disciplinarverfahren, welches befürwortet wurde, ist Abstand genommen worden, so daß die Vertheidigten sich nur dankbar über das Verfahren äußern. Gegen diese Correspondenz hat der Angeklagte eine mit seinem Namen unterzeichnete Verächtung eingegeben, worin er an den General-Gouverneur von Hannover, gerichtete Allerhöchste Erlasse vom 3. Dezember 1866, Inbalt dessen der General-Gouverneur autorisirt wird, jeden Beamten der seiner Verwaltung anvertrauten Provinz, sobald es im Interesse des königl. Dienstes für erforderlich gehalten wird, ohne weitere Rücksicht vom Amte zu suspendiren, einer Kritik unterzogen wird, welche, wie die Verächtung behauptet, die Ehre der Provinz gegen Se. Maj. den König verletzt und eine Anordnung der Obrigkeit dem Gasse und der Verächtung aussetzt. Auf beide Vergehen war die Verächtung gerichtet. Ueber die Verhandlung selbst, welche, da der Angeklagte sich selbst und in sehr ausführlicher Weise vertheidigte und außerdem von dem Rechtsanwalt Lemaib vertheidigt wurde, über 3 Stunden dauerte, können wir selbstverständlich nichts berichten. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 4 Monate Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten nach sehr langer Verhandlung von beiden Vergehen frei, verurtheilte ihn dagegen wegen Verächtung des General-Gouverneurs von Hannover, Generals v. Voigts-Rheet, zu einer Geldbuße von 50 Thlr.

[Proceß gegen den „Socialdemokrat.“] Dieselbe Deputation verhandelte demnach 2 Proceßstücke gegen den „Socialdemokrat“. Es handelte sich dabei um zwei in den Nummern 181 und 188 des „Socialdemokrat“ vom 2. und 19. Dezember d. J. veröffentlichte Gebichte, das eine unter der Ueberschrift „Morgengruß“, das andere unter der Ueberschrift „Schwäbel“, in denen nach der Anlage die Nichtbeachtung zu Haß und Verächtung gegen die Reichthümer angereizt werden. Verfasser des ersten Gebichtes ist der Maler Röttgen zu Düsseldorf, des letzteren der Literat Hasencleber zu Halber, Kreis Altema. Diese beiden, sowie der Redacteur des „Socialdemokrat“, v. Hoffstetten, waren deshalb angeklagt. Im Audienstermine erschienen jedoch nur der Letztere. Der Gerichtshof verurtheilte den Redacteur v. Hoffstetten zu 50, den Literat Hasencleber zu 30 und den Maler Röttgen zu 30 Thlr. Geldbuße.

[Kiel, 27. Febr.] [Die Eidesleistung der hiesigen Beamten, der Professoren und Advocaten ist hier, trotz des in diesen Kreisen stark vertretenen Augustenburgerthums, ohne Weigerung vor sich gegangen. Auf Sonnabend sind die 32 Lehrer Kiels auf's Rathhaus beschieden, um dort beeidigt zu werden.

(H. N. Z.)

Celle, 27. Febr. [Zum Aufrühr-Proceß] berichtet die „N. S. Z.“ weiter: In der gestrigen Verhandlung wurde mit der Vernehmung der Angeklagten und der auswärtigen Zeugen der Anfang gemacht. Einer der hervorragendsten unter den Angeklagten ist Wilhelm Heinde, der einer der Führer gewesen zu sein scheint, jedoch die meisten ihm zur Last gelegten Beschuldigungen in Abrede nimmt. Hinsichtlich der auswärtigen Zeugen war die Aussage des Amtmanns Großkopf, welcher im vorigen Sommer hier Chef der Polizeiverwaltung war, wohl die gewichtigste. Heute ist Ruhetag; morgen wird die Vernehmung des Zeugen Großkopf fortgesetzt. Es soll überhaupt in jeder Woche ein Ruhetag stattfinden, damit Richter und Anwälte ihre sonstigen Geschäfte besorgen können.

## Oesterreich.

**Prag, 28. Februar.** [Die czechische Agitation.] Die czechischen Journale veröffentlichen bereits die Candidaten-Listen zu den bevorstehenden Neuwahlen. In seinem Auftrage: „An das Volk von Böhmen“, betont das czechische Wahlcomité, daß der Landtag das Aufgehen Böhmens in einem cisleithanischen Reiche energisch bekämpft habe. Söhne der glorreichen Geschichte des Landes hätten zu dem Volke gestanden. Das Volk müsse nun die Haltung der Abgeordneten durch einhellige Wiederwahl der früher gewählten Vertreter rechtfertigen. Die „Narodni Listy“ theilen einige Zustimmungstelegramme für die czechische Landtagswahl mit. Nach der „Politik“ wären den czechischen Abgeordneten Ovationen zugebracht gewesen, welche sie aber abgelehnt hätten. Das Gerücht, daß gestern das Militär in den Kasernen conflagirt gewesen, ist jedenfalls übertrieben.

**Pest, 28. Febr.** [In der Sitzung der Deputirten] treten nach Verlesung des Protocolls, vom Quästor geleitet, sämtliche Minister unter allgemeinen, anhaltenden Eisenrufen in den Saal. Andrássy hält eine Ansprache, in welcher er die Hoffnung ausdrückt, daß die Nation und das Haus das Ministerium unterstützen werden. Der Präsident des Hauses bestätigt in seiner Erwiderung diese Zuversicht; er freut sich, daß es ihm am Abende seines Lebens noch beschieden war, ein verantwortliches ungarisches Ministerium in diesem Hause empfangen zu können. Andrássy zeigt nun die Vorlagen an, die er gestern in der Conferenz der Deputirten anmelde, und bittet, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu suspendiren, weil er die Minister der Magnatentafel vorstellen wolle.

## Kraukreich.

\* **Paris, 27. Febr.** [Rouher über den Kaiser.] Obwohl wir die Rede, welche Rouher gestern in der Legislative gehalten hat, ihrem Hauptinhalte nach bereits ziemlich wortgetreu mitgetheilt haben, so glauben wir doch noch auf eine Stelle in derselben näher zurückkommen zu müssen. Dieselbe ist nämlich im Allgemeinen nicht ohne Interesse und wir theilen sie daher in Nachstehendem nach dem „Moniteur“ vollständig mit:

„Sie haben immer geglaubt, daß der Souverain, der indeß nicht den größten Theil seines Lebens auf den Stufen des Thrones eines Despoten zugebracht, um sich diese traurigen Ansichten anzueignen, daß dieser Souverain, der, ehe er der Ausgewählte der Nation wurde, der Ausgewählte des Glücks und des Unglücks war, nicht das Gefühl der Nothwendigkeit einer großen Gesellschaft und einer hohen Civilisation in sich trage. Sie haben ihn immer von dem Standpunkte aufgefaßt, daß er sich an seine Gewalt, an seine Prerogative anklammere, ohne sich um den näheren oder ferneren Lärm zu kümmern, den die Welt um ihn herum herbeibringe. Sie haben sich ihn vorgestellt als einen Despoten, den die Leidenschaft der Gewalt allein beherrschte und der nie einen Schritt vorwärts thun wollte, Sie haben ihn vollständig verkannt. Der Souverain, den Sie so beurtheilt haben, hat aber folgende Richtung verfolgt: Bald mit unseren Debatanten sich beschäftigend, seinen Antheil daran nehmend, sie durch die Dolmetscher seiner Ideen vertheidigend, den Entgegnungen ein aufmerksames Ohr leihend, hat er sich gesammelt, nachgedacht, den Fortschritt der Zeit, die Bedürfnisse der Geister, die Nothwendigkeiten der Epoche consultirt und gesagt: Ich bin ein Schritt vorwärts! Denn ich weiß, daß die angeblichen und anstehenden Widersprüche stoßen, hat er sich als unparteiischer und uninteressirter Richter über die hohen Discussionen constituirt, die diesen Saal in Aufregung versetzen, und hat in einem gegebenen Augenblicke seine Meinung ausgesprochen. Er hat niemals die Idee zu jenen plötzlichen Gesinnungsänderungen, zu jener Verläugnung der Vergangenheit gehabt, deren Sie ihn anklagen. Nein! er überlegte lange, wenn auch sein großer, freihelliger Act schnell das Licht der Welt erblickte; nein! er hat immer mit Sorgfalt geprüft, indem er seine Nothwendigkeiten der früheren Zeiten zurückwies, die Vergangenheit nicht verläugnete, aber die Zukunft voraussah und die Gegenwart sich stellte. Bald sich mit energischer Ueberzeugung Vortrügen gegenüberstellend und einer wahrhaftigen Unpopulärität aussetzend, hat er die Unbegreiflichkeit seiner Zeit erweisen und sich gesagt: Es giebt in dieser Gesellschaft Reglementationen, Zölle, Prohibitionen, welche die industrielle Thätigkeit einengen, welche die Initiative eines Jeden aufheben, welche die Bewegung lähmen und die Nation zu Administratoren und Administrirten machen; man muß in ihr Herz, in ihren socialen Körper das Lebensprincip einbringen lassen, d. h. die freie Concurrenz, welche sich in einer höheren Ideenordnung die Initiative, der Wettstreit, der Patriotismus nannte. Dann den Vortrügeln, den in Angst besetzten Interessen trogend, mit dem Glauben an seine gute Sache handelnd, ist er vorwärts gegangen und der Triumph hat seine edelmüthige Kühnheit gekrönt. Meine Herren! Ich bin das ergebene Instrument dieser staatsökonomischen Reform gewesen und der Augenblick ist vielleicht gekommen, um eine Indiscrction zu begehen. Glauben Sie, daß, als der Souverain über so schwierige Probleme nachsann, er sich ausschließlich der Frage betheiligte des Eisens, der Wolle und Baumwolle hingab? Glauben Sie, daß größere Gedanken seinen Geist beschäftigten? Ich war deren Betrauer und ich wiederhole es: der Augenblick ist gekommen, dieses Geheimniß zu enthüllen. Als wir diese ersten Fragen behandelten, sagte das Staatsoberhaupt zu seinem ergebenen Minister: „Glauben Sie mir, jene Concentration der Leidenschaften, der Thätigkeiten im Innern der Nation, jene Abwesenheit der commerciellen und industriellen Ausbeutung, welche die Initiative und Energie Frankreichs mit seiner Fabne auf die äußersten Punkte der Welt hintragen würde, dieser Mangel der Ausbeutung ist die Hauptursache zu den Revolutionen, welche das Land in Aufregung versetzen. Sehen Sie sich England an! es hat sociale Thätigkeiten, die es verzehren; es hat jugendliche Leidenschaften, die es erregen; weite Horizonte eröffnen sich seinen Leidenschaften; die Emigration findet statt, die Arbeit wird weit hingetragen und der erworbene Reichtum kommt mit der gereiften Vernunft zurück. Glauben Sie mir, wir müssen diese Schwärmen niederreißen. Uebrigens sind alle Freiheiten Schwestern; die Handelsfreiheit wird andere Freiheiten gebären; sie werden alle stufenweise und zu ihrer Zeit zurückkommen. Ich habe nicht allein die Mission erhalten, in diesem Reiche die Ordnung und die Autorität zu gründen; meine mehr oder weniger nahe Mission besteht darin zugleich, die Freiheit und die Gewalt zu gründen, dahin zu gelangen, dieser Nation, die sich mir verloren, erschreckt, angstvoll, von der Anarchie aufgezehrt in die Arme geworfen hat, zuerst die Ordnung und Sicherheit zurückzugeben und dann das stufenweise Princip aller öffentlichen Freiheiten aufzustellen, die ein großes Land und eine große Civilisation constituiren. Sie sehen, meine Herren, Sie haben diesen Souverain fortwährend verkannt, und dieses noch gestern auf dieser Tribüne, und dort vielleicht mehr als je.“

Soweit die Enthüllungen des Herrn Rouher über die liberalen Gesinnungen des Kaisers.

## Amerika.

New-York, 12. Febr. [Bill für Louisiana.] Das Comité zur Un-



